
Aussprache

Angriff auf den Kernbestand des Sozialstaates

(Zu den Vorschlägen von Fritz W. Scharpf zur „Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen“, Heft 7/93)

1. Die von Scharpf skizzierte Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven sind - nicht erst seit heute! - bekannt. Übereinstimmung besteht auch darin, wenn auf die sozialen und politischen Gefahren

langandauernder Massenarbeitslosigkeit und einer Spaltung der Gesellschaft verwiesen und Handlungsbedarf eingefordert wird. Strittig ist allerdings die Frage nach den Gründen für das andauernde Arbeitsmarktungleichgewicht sowie nach tragfähigen Lösungswegen.

Scharpf sieht im wesentlichen zwei Ursachen für die Arbeitslosigkeit: Die Tarifpolitik der Gewerkschaften und die Konstruktionsmechanismen der Sozialen Sicherung. Verantwortlich sei zum einen

die (Hochlohn-)Tarifpolitik der Gewerkschaften, die sich an den (immer weniger werdenden) produktivitäts- und wettbewerbsstarken Exportarbeitsplätzen orientieren. Damit aber werde das Angebot an Arbeitsplätzen in den (Dienstleistungs-) Bereichen, wo der Einsatz moderner arbeitssparender Techniken nicht oder nur kaum möglich sei, beschränkt. Im Privatsektor würden deshalb Arbeitsplätze vernichtet, im öffentlichen Sektor entstünden wegen des hohen Finanzierungsbedarfs zu wenige.

Diese These läßt sich empirisch nicht halten. Zum einen wird die gewerkschaftliche Tarifpolitik falsch dargestellt: Die Lohnsteigerungen haben sich stets an der gesamtwirtschaftlichen, durchschnittlichen Produktivitätszuwachsrate orientiert; zudem ist zu berücksichtigen, daß die tarifliche Lohnfindung ausgesprochen differenziert erfolgt. Von der Tendenz zu einer Nivellierung kann keine Rede sein: Wir kennen ausgesprochene Niedriglohnbranchen und Niedriglohngruppen, und es sind vor allem Frauen, die schlecht bezahlt werden. Richtig ist allerdings, daß sich die Lohnentwicklung im privaten wie öffentlichen Dienstleistungssektor nicht von der Lohnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe völlig abgekoppelt hat und abgekoppelt werden kann. Zu bezahlen und zu motivieren sind qualifizierte Arbeitskräfte, auch und gerade bei den personenbezogenen Diensten, wie dies am Beispiel der Pflegeberufe offensichtlich ist.

Übersehen wird zudem, daß in den achtziger Jahren auch in der Bundesrepublik - und zwar im Unterschied zu den USA auf der Basis dieser Tarifstruktur und gesicherter Arbeitsverhältnisse - eine außerordentliche Beschäftigungsexpansion stattgefunden hat. In den Jahren von 1983 bis 1992 ist die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 2,5 Millionen Personen gestiegen, wobei sich die neuen Arbeitsplätze gerade im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor finden. Wenn dennoch die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig reduziert werden konnte, so hegt dies an dem noch stärkeren Zuwachs

des Arbeitskräfteangebots, bedingt vor allem durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

2. Verantwortlich für die Arbeitslosigkeit wird aber auch der Sozialstaat selber gemacht. Er werde für die Arbeitslosen zur „Falle“, da sich wegen des hohen Leistungsniveaus von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe die Aufnahme von Arbeit nicht mehr rechne. Die Sozialleistungen lägen im Schnitt höher als niedrige Arbeitseinkommen und — wichtiger noch - zusätzliches Arbeitseinkommen werde zu 100 Prozent weggesteuert, so daß sich die Betroffenen im Sozialleistungssystem „einrichten“.

Wer so redet, hat entweder keinerlei Kenntnisse über die restriktiven Bedingungen der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit und sitzt der populistischen Stimmungsmache gegen den Sozialstaat auf oder verschweigt Tatsachen böswillig. So oder so wird der Boden für Sozialleistungskürzungen bereitet. Zu den Fakten: Schon jetzt erreicht die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld gerade einmal knapp 60 Prozent des effektiven letzten Nettoeinkommens, der Leistungssatz der Arbeitslosenhilfe hegt bei etwa 50 Prozent. Zahlungen erfolgen auch nur, wenn Bereitschaft besteht, zumutbare Arbeit nach den strengen Kriterien der Zumutbarkeitsanordnung aufzunehmen. Zusätzliches Einkommen wird nicht vollständig angerechnet, sondern bleibt bei Arbeitslosengeld wie Arbeitslosenhilfe zu einem Teil anrechnungsfrei (Freibeträge).

Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind subsidiäre Leistungen und stellen die Bedürftigkeit im Familienzusammenhang in Rechnung. Auch bei der Sozialhilfe bleiben zusätzliche Erwerbseinkommen teilweise anrechnungsfrei (bislang über Mehrbedarfszuschläge, in Zukunft über Freibeträge). Seriöse, empirisch fundierte Untersuchungen zeigen im übrigen, daß keine Rede davon sein kann, Arbeit „lohne“ nicht mehr: Das derzeitige Sozialhilfeniveau hegt bei nahezu allen familiären Konstellationen deutlich un-

terhalb des verfügbaren Einkommens der Erwerbstätigen selbst in unteren Lohngruppen strukturschwacher Branchen.

3. Scharpf schlägt vor, im „unproduktiven“ Bereich der Wirtschaft Niedriglöhne auch unterhalb des Tarif- und Armutsniveaus zuzulassen bzw. zu vereinbaren. Eine Beschäftigungsexpansion sei nur so zu erreichen; die beim gegenwärtig überhöhten Lohnniveau unrentablen Arbeitsplätze würden sich dann wieder rechnen, bei sinkenden Löhnen würden vor allem persönliche Dienstleistungen vermehrt nachgefragt.

Im Kern geht es um die Absenkung des Lohnniveaus in einer nicht näher definierten Sekundärökonomie. Scharpf läßt offen, was die „unproduktiven“ Bereiche sind. Sind damit Arbeitsplätze in der Textilindustrie, im Handwerk, im Gaststättengewerbe, bei den sozialen Dienstleistungen - oder private Haushaltshilfen und Schuhputzer gemeint? Sollen es, wie ebenfalls nicht ausgesprochen, aber doch wohl anzunehmen, die Frauen sein, die auf die Armutslöhne verwiesen werden?

Mit der Aufforderung zur Spaltung des Arbeitsmarktes und zur radikalen Absenkung des Lohnniveaus in der Sekundärökonomie wird nicht weniger als der Kernbestand des Sozialstaats Bundesrepublik und des gewerkschaftlichen, tarifpolitischen Selbstverständnisses in Frage gestellt. Ziel der Tarifpolitik war es bislang (und dies konnte im wesentlichen erreicht werden), daß ein Vollzeiteinkommen auch in den unteren Lohngruppen der produktivitätsschwachen Branchen zum individuellen Lebensunterhalt oberhalb der Sozialhilfeschwelle reicht. Wird dieses Prinzip aufgegeben, wie es Scharpf den Gewerkschaften andient, sind Rückwirkungen auf das gesamte Lohngefüge zu erwarten, denn es ist wenig wahrscheinlich, daß sich die Lohnsenkungen in dem neuen tariffreien oder untertariflichen Raum auf kaum abgrenzbare „unproduktive“ Arbeitsplätze beschränken lassen.

Zu berücksichtigen sind auch die negativen gesamtwirtschaftlichen Rückwir-

kungen einer Lohnniveausenkung auf die kaufkräftige Nachfrage. Es droht eine Abwärtsspirale von Lohnsenkung, Kaufkraftausfall und weiterem Beschäftigungsrückgang. Diesem Prozeß der kumulativen Lohnsenkung wären prinzipiell keine Grenzen gesetzt, da Löhne unterhalb des Grundsicherungsniveaus stets durch ergänzende Transfers ausgeglichen würden. Wird damit jedes Niedrigeinkommen zugelassen bzw. durch die Ausgleichszahlungen der Negativ-Steuer aufgestockt, käme dies einer globalen Subventionierung der Arbeitgeber gleich, unbenommen von ihrer wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit. Anreize zur Produktivitätssteigerung auch im Niedriglohnbereich würden genommen. Mittel- und langfristig käme es zu Fehlallokationen und zu einer Verringerung des durchschnittlichen Produktivitätsfortschritts.

4. Um die Strategie einer Beschäftigungsexpansion durch Lohnsenkung akzeptabel zu machen, wird von Scharpf die Einführung eines Systems der „negativen Einkommenssteuer“ vorgeschlagen - womöglich in Ergänzung oder als Ersatz zum Sozialversicherungssystem und zu den anderen Sozialtransfers wie Wohngeld, Kindergeld, Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung. Niedrige, nicht existenzsichernde Arbeitseinkommen sollen so aufgestockt werden, daß Armut vermieden wird und die Arbeitslosen motiviert werden, Arbeit aufzunehmen. Das Subsistenzniveau soll auch bei Nicht-Erwerbstätigkeit ein Mindestniveau erreichen; da aber der Zuschuß bei steigendem Einkommen gleitend sinkt, steigt bei der Aufnahme von Erwerbsarbeit das Gesamteinkommen - statt Arbeitslosigkeit würde Arbeit finanziert.

Die formale Eleganz und Einfachheit dieses Modells der Negativsteuer verdeckt allerdings, daß die Erwartung, die Armutprobleme der „working poor“ durch die individuelle Aufstockung der Niedrigeinkommen vermeiden zu können, unrealistisch ist. Als Ergebnis der langjährigen Debatte um einen Umbau der sozialen Sicherung in Richtung einer Negativsteuer hat sich nämlich gezeigt,

- daß das garantierte Subsistenzniveau weder sehr niedrig, noch unterhalb des gegenwärtigen Sozialhilfeniveaus liegen würde,

- oder daß - bei hohen Leistungssätzen und niedrigen Anrechnungsbeträgen - das Modell nicht finanzierbar und praktikabel wäre und selbst dann Armut nicht zielgenau beseitigen könnte.

Das Modell der Negativsteuer sieht im Unterschied zu der am Bedarfs- und Nachrangprinzip ausgerichteten Sozialhilfe ein einheitliches, am Individualprinzip ausgerichtetes Subsistenzniveau vor. Diese Einheitlichkeit kann sich aber sehr ungleich auswirken, da die Unterschiedlichkeit der je individuellen Lebens- und Bedarfslagen ebenso unberücksichtigt bleibt wie die Einkommens- und Bedarfslage auf der Haushaltsebene. Das heißt: Auf der einen Seite finden besondere Bedarfslagen wie Zahl und Alter der Kinder, tatsächliche Wohnungsmiete, Behinderungen usw. keine Anerkennung, während auf der anderen Seite Ehegatten und Kinder ohne Berücksichtigung des Einkommens und Vermögens Unterhaltspflichtiger leistungsberechtigt wären. Die Aufgabe einer Grundsicherung, Armut und Unterversorgung zielgenau zu beseitigen, würde verfehlt - der pauschalen Besserstellung von Nicht-Hilfebedürftigen stünde die Benachteiligung derer gegenüber, die einer auf ihre Bedarfs- und Lebenslage abgestimmten Unterstützung bedürfen. Die Kosten einer solchen Grundsicherung würden hochschnellen, in Gefahr stünde die Höhe des Subsistenzniveaus.

Eine gleichfalls enorme Ausgaben- und dynamik ist vom Kemelement der Negativsteuer zu erwarten, einen substantiell größeren Teil eines zusätzlichen Erwerbseinkommens als bislang (bei der Sozialhilfe sowie Arbeitslosengeld und -hilfe) anrechnungsfrei zu halten. Zwar würde in der Tat der Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erhöht, aber zugleich würde der Kreis der Anspruchsberechtigten sehr groß werden. Leistungsberechtigten wären nicht nur die Arbeitslosen, die

eine Arbeit aufnehmen, sondern auch die große Zahl der bereits erwerbstätigen Niedrigeinkommensbezieher, deren Einkommen sich nur knapp oberhalb der bisherigen Sozialhilfeschwelle bzw. unterhalb des künftigen Übergangspunktes von der Negativ- zur Positivsteuer bewegt. Wird ein niedriger Anrechnungssatz gewählt, und dient das Sozialhilfeniveau als Maßstab für das Subsistenzminimum auch bei der Negativsteuer, würde sich angesichts der hohen Besetzungsziffern im unteren Einkommensbereich (1991 hatten mehr als 20 Prozent der Arbeiter und Angestellten weniger als 1 800 DM Nettoeinkommen im Monat) die Leistungsempfängerzahl gegenüber der heutigen Situation schnell vervielfachen - verbunden mit den entsprechenden Folgen für die Kosten einer solchen Leistung! Es ist deshalb zu erwarten, daß das Subsistenzniveau drastisch gekürzt würde — mit den entsprechend negativen Folgen für diejenigen, die erwerbsunfähig sind oder keine Arbeit finden.

Während die Sozialhilfe bei den Arbeitsfähigen die Bereitschaft zur Annahme jeder Arbeit voraussetzt, und bei Arbeitslosengeld und -hilfe Leistungen nur erfolgen, wenn die Arbeitslosen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, soll die negative Einkommenssteuer voraussetzungslos gezahlt werden. Auch ein niedriges Einkommen aus Teilzeitarbeit würde per se (ohne Nachfrage nach den Gründen für die individuelle Arbeitszeitreduzierung) aufgestockt. Bei einem Grundsicherungsniveau, daß tatsächlich das sozial-kulturelle Existenzminimum einer Gesellschaft abdeckt, wäre eine solche Regelung weder sozial akzeptabel noch finanzierbar. Wiederum würde alles darauf hinauslaufen, das Subsistenzminimum möglichst niedrig anzusetzen, um die Arbeitsbereitschaft über den materiellen Druck zu erzwingen. Die liberalen Vorschläge eines Umbaus des Sozialstaates zielen genau in diese Richtung.

Gerhard Bäcker,
Düsseldorf

Parallelen zu Weimar

(Zu dem Beitrag von Andrei S. Markovits, „Aus der Bundesrepublik wurde Deutschland“, Heft 8/93)

Im Satz von Andrei Markovits „Die Bundesrepublik tritt ab, Deutschland tritt auf“ steckt noch mehr als Pessimismus, denn mit dem Begriff Bundesrepublik verbindet sich nicht nur Bonn, sondern auch das demokratische Element. Im Begriff Deutschland steckt dagegen Berlin, Zentralismus und Imperialismus, den besonders die europäischen Nachbarn Deutschlands spüren mußten. Berlin, antidemokratischer Zentralismus und Imperialismus, sind seit November 1989 stärker geworden. Dazu haben der Umzugsbeschluß und militärische Aufmärsche deutscher Soldaten, die als humanitäre Einsätze ausgegeben werden, ihren Beitrag geleistet. Ein kürzlich veröffentlichter „Stern“-Artikel (12/1993) zeigt auch, daß in der BRD eine Umverteilung von unten nach oben vorgenommen wurde und wird, die immer deutlicher zu Tage tritt. In der BRD nimmt die Zahl der Millionäre und der Sozialhilfeempfänger zu. Das politische und soziale Klima wird härter, dank einer Bundesregierung oder einer pohtischen Klasse, die dies seit mehr als 10 Jahren vorantreibt.

Fehler oder Versäumnisse der pohtischen Klasse Hegen aber bezüglich der Ausländerintegration schon in den fünfziger und sechziger Jahren. Bereits damals wurde auf die Eingliederung und auch auf die Akzeptanz von Ausländern verzichtet. Immer willkommen waren nur die sogenannten Volksdeutschen aus den sozialistischen Ländern, die, sogar mit einem alten Wehrmachts- oder SS-Ausweis deutsches Blut nachweisen konnten. Die Ausländer aber, die in der BRD in der zweiten und dritten Generation arbeiten, wurden und werden ausgegrenzt. Die doppelte Staatsbürgerschaft als Integrationshilfe gibt es aber auch nicht, die politische Klasse wollte und will weder die Integration noch die doppelte Staatsbürgerschaft.

Aus diesem Grunde kann Kohl nicht neben Johnson, de Klerk, Gorbatschow

und Sadat auf einem Podest stehen, denn er ist weder bereit noch fähig, seine eigenen Ängste zu überwinden. Er zieht es dagegen bewußt vor, dem Begräbnis in Solingen fern zu bleiben. Er und die politische Klasse haben hier nicht versagt, wie Markovits schreibt, sie sind sich ihrer Handlungen bewußt. Das Buch „Brandstifter“ des Berliner Politikwissenschaftlers Hajo Funke (Lamuv-Verlag, Göttingen 1993) gibt hierzu Auskünfte. Hier wird deutlich, daß Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht Teile des menschlichen Wesens sind, wie Markovits schreibt. Sie werden von der politischen Klasse in der BRD gebilligt, erzeugt und geschürt. Diese hat mit der bewußten Beschneidung der Rechte politisch Verfolgter Anpassungstendenzen nicht nur an die Republikaner gezeigt, sondern auch an die Neonazis von Rostock, Mölln usw.

Auch wenn das „tolerante Frankreich“ (Markovits) die Rechte von Ausländern beschneidet, so ist das nicht das gleiche, als wenn dies in der BRD geschieht. In der Frage des Umgangs mit Minderheiten sind Deutschland und Frankreich nicht gleich und schon gar nicht in historischer Hinsicht. Markovits' Verweis auf Frankreich erzeugt hier eher ein „Andere machen es ja auch!“. In Deutschland hat dies eine andere Qualität, die herausgearbeitet werden muß. Diese historische Feinheit vermißt man im Aufsatz von Markovits.

Rostock hat zudem - anders als Hoyerswerda, Mölln oder Solingen - neben den deutschen Nazis noch etwas anderes, viel beunruhigenderes gezeigt: Hier ließ die Polizei die Nazihorden gewähren. Aber auch das ist - wie Fulda zeigt - nichts unübliches und durchaus mit der Spätphase von Weimar zu vergleichen. Parallelen zu Weimar sind in Rostock auch noch in ganz anderer Hinsicht zu sehen: Hier zeigt sich der Teil der Deutschen, die Naziangriffe nicht mehr nur zur Kenntnis nehmen, dabei zuschauen. Nein, hier wird auch nicht mehr nur gebilligt, hier wird Beifall geklatscht. Hier werden Hände gehoben. Hier ist das demokratische Ge-

meinwesen der BRD ernsthaft in Gefahr. Wenn die Mehrheit der Zuschauer solche Naziangriffe weiter honoriert, dann ist zum zweiten Mal das Ende der Demokratie sehr nahe.

Hier werden die Grundlagen gelegt, den Faschismus auf der Straße zu etablieren. Und in den Parlamenten und Stadtverordnungen beginnen bereits erste, aber noch vorsichtige Versuche der Zusammenarbeit zwischen CDU und Republikanern. Die NSDAP kam nicht allein, sondern als Koalitionspartner mit DNVP usw. an die Macht. Wenn die CDU die Republikaner in den demokratischen Institutionen der BRD etabliert, dann ist es Zeit für mich, das Land, in dem ich geboren bin, zu verlassen.

Thomas Murakami,
Coventry, Großbritannien

Sonst droht uns ein Krieg

(Zu dem Beitrag von Andrei S. Markovits, Heft 8/93)

Dem Beitrag von Andrei Markovits stimme ich voll zu. Er trifft meine Auffassung, meine Einschätzung und meine Befürchtungen.

Ich trat 1955 in den öffentlichen Dienst ein und war mit Kopf und - es soll nicht pathetisch klingen - auch mit meinem Herzen dabei, einen friedlichen, sozialen und freiheitlichen Staat mitzuentwickeln, ohne Blauäugigkeit, sondern ganz solide im Alltag. Und ich freute mich über den Satz von Willy Brandt: „Ohne Frieden ist nichts.“

Heute erschreckt mich, wie unseriös durch eine durchgängig falsche Finanzpolitik der Sozialstaat zerstört wird und wie Politik und Militär die Menschen für militärische Einsätze reif machen wollen. Über friedliche Alternativen darf nicht mehr gesprochen werden, es sei denn, es wird in Kauf genommen, als Drückeberger bezeichnet zu werden. Die Außenpoli-

tik der Bundesregierung ähnelt der Großmäuligkeit eines Wilhelm II in weiten Teilen.

Meine Befürchtungen gehen weiter: Wenn wir diese Innen- und Außenpolitik fortsetzen, dann wird von deutschem Boden neuer Krieg ausgehen, und auch ein Bürgerkrieg ist nicht auszuschließen. Sicher will dieses keiner, aber die Politiker sind unfähig, eine solche Entwicklung zu stoppen.

Gerhard Burmester,
Lübeck

Nur Aufklärung hilft gegen politische Besessenheit

(Zu Heft 8/93, „Deutschland nach Solingen“)

Zufällig treffen sich auf der Straße einige gute alte Bekannte. Es entwickelt sich ein lockeres Gespräch. Da bemerken sie, daß jemand auf sie zusteuert. Er drängt sich an ihren Kreis heran und wartet, bis ihm Gelegenheit geboten wird, das seinige zu sagen. Er entnimmt seiner Tasche das Titelfoto einer internationalen Illustrierten und beginnt, wild gestikulierend zu dozieren: Mit Angst erfülle ihn die multikulturelle Gesellschaft der USA, daß wir Deutsche auch bald in die Ecke gedrängt würden von Schwarzhaarigen und Dunkelhäutigen...

Als einer aus ihrer Gruppe einwendet, Menschenwanderungen seien stets auch eine Grundlage wirtschaftlicher Erneuerung, auch auf ihnen beruhe der Reichtum der Nationen, da bricht es vulkanisch aus ihm heraus: den Juden gehöre dieser Reichtum, nicht den Völkern. Sie bemerken plötzlich, daß er nicht mehr Herr seiner Sinne ist, als wolle etwas aus ihm heraus, das sie anspringen wolle. Es scheint, als sei er ein anderer geworden. Erschöpft und vielleicht auch ein wenig zufrieden bewegt er sich marionettengleich von dannen. Ihre Gruppe zeigt sich teils amüsiert, teils verärgert. Wie ein Fanatiker

habe er gewirkt, richtig besessen sei er gewesen. Sie suchen nach einer Erklärung für sein Verhalten: seine Sozialisation; die soziale Lage und der ungeheure Spannungsdruck im Innern der Gesellschaft, der sich nicht mehr nur in physischer Gewalt entlade, sondern ein breites Spektrum deformierter Verhaltensweisen aufweise; die Neonaziliteratur aus den USA...

Ein beunruhigendes Erlebnis. Solche Gestalten tauchten in der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre auch bei uns auf. Kurzfristig fanden sie auch ihre Anhänger, bis sie 1933 verboten, verfolgt, ermordet wurden - von einem anderen Besessenen, der es verstand, seine dämonische Besessenheit kontrolliert einzusetzen und Wirtschaft und Militär mit Versprechungen an sich zu binden.

Die Quasi-Besessenen sind im übrigen unauffällig, gehen ihrem Beruf nach, führen ein geordnetes Familienleben, interessieren sich aber intensiv für Dinge, die ihren Lebenskreis überschreiten. Dabei beißen sie sich an Erscheinungsmomenten fest, die ihrer Umwelt nebensächlich sind. Aber just diese Erscheinungen finden in ihnen und durch sie erst ihre abseitigen Deutungen. Die politische Diskussion über Migrationsprobleme, Assimilation, Integration und geschichtliche Gen-Geographie, über ein Einbürgerungsrecht, das auch am Selbstverständnis der Deutschen als Volk rütteln würde—all das liegt vollständig außerhalb des Horizonts solcher Eiferer mit ihrem völkisch-fremdenfeindlichen Denken.

Sie sind nicht besessen im engen religiösen Wortsinn, obwohl sich einige Aspekte des religiösen Besessenseins in abgeschwächter Form auch auf das Phänomen des politischen Eiferertums übertragen lassen. Wir haben Personen vor uns, die wie von einer höheren Gewalt ergriffen sind, aus denen herausprudelt, was unter dem sozialen Druck aus den unbewußten Tiefen der Geschichte herausgepreßt und in die Form absoluter Wahrheiten gegossen wird: Die Entscheidung

stünde an oder der Weltuntergang. In solchen Imaginationen spiegeln sich ungeheure Ängste wider. Sie verleihen einer nach Bekehrung suchenden Rhetorik suggestive Kraft. Ein derart Besessener redet nicht mit anderen, sondern zu und vor anderen; zur Zwiesprache ist er nicht fähig.

In allen Kulturen und Religionen der Welt hat es zu allen Zeiten Besessene gegeben: Die Babylonier glaubten, aus den Besessenen sprächen die Götter und Geister der besieigten Sumerer; auch die Europäer des Mittelalters und der Frühneuzeit waren überzeugt, daß aus den Besessenen Götter und Geister der überwundenen alteuropäischen Kulturen sprächen; und unsere Quasi-Besessenen lassen die Geister des Imperialismus und des Nationalsozialismus auftreten — ein psychosozio-pathologischer Anachronismus. Am Rande der Hochzivilisationen von heute mit ihren Enteignungen und Entwertungen kultureller und politisch-sozialer Überlieferungen tritt Besessenheit in neuer Form auf: Die Ahnen fordern die Rückgabe des Reichtums der modernen Gesellschaften. Das Rad der Geschichte zurückzudrehen aber übersteigt die Kräfte des Menschen, daher der Appell an sinnlose Gewalt: das Unmögliche müsse möglich gemacht werden. So ist die Rede des Besessenen quasireligiöser Selbstbefehl, die Unwissenden zu bekehren und zu führen.

Bereits Mitte des letzten Jahrhunderts hatten deutsche Lexikographen hellstichtig echte, nachgeahmte (ansteckende oder erlernte) und manipulierte (instrumentalisierte) Formen der Besessenheit unterschieden. Und sie hatten sich Gedanken gemacht, wie man ihrer Herr werden könnte. In der wissenschaftlichen Publizistik herrschte seit der Französischen Revolution die Überzeugung vor, daß der neuzeitliche Verfassungsstaat, der mit Hufe des modernen Freihandels den Wohlstand der Bürger zu mehren versteht, den sozialen Fanatismen wie auch den religiösen und politischen Besessenheiten den Boden entziehen könne. Es herrschte Konsens darüber, daß es notwendig sei, das Wissen zu mehren, es in

geeigneten Einrichtungen durch berufene Bildungshumanisten zu vermitteln. Auf diese Weise sollte es unmöglich gemacht werden, daß nochmals ganze Völ-

ker besessen gemacht werden könnten, Diese Einsicht bleibt aktuell.

Hans Hinrich Flöter,
Brake